Kein schäbiger Deal auf Kosten Schutzsuchender

Kein schäbiger Deal auf Kosten Schutzsuchender

Zur Flüchtlingspolitik der Bundesregierung erklärt Claudia Roth, Bundesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
"Die Entgegennahme des Friedensnobelpreises ist nicht nur Ehre, sondern auch eine normative Verpflichtung. Davor drücken sich nach wie vor allzu viele EU-Regierungen. Das zeigt unter anderem das Gezerre um die geplante und nun verschobene Aufnahmerichtlinie für Flüchtlinge. Wer Schutzsuchende faktisch wie Straftäter behandeln und sie mit Inhaftierungsregelungen drangsalieren will, leistet jedenfalls keinen Beitrag zu Frieden und Verständigung in einer Welt, die für viele Millionen Menschen von Gewalt, Hunger und Vertreibung geprägt ist.
Das Leitmotiv der EU-Flüchtlingspolitik ist der Versuch, Schutzsuchende möglichst schnell und einfach wieder los zu werden. Dabei zielt die Bundesregierung offensichtlich auf einen schäbigen Deal. Sie will sich minimale humanitäre Verbesserungen bei der sogenannten EU-Drittstaatenregelung mit der Zustimmung zu ihrem ?Flughafensystem bezahlen lassen, um Flüchtlinge an deutschen Flughäfen inhaftieren und sie somit schnell in andere Aufnahmeländer überstellen zu können. Wer solche Deals in den Mittelpunkt seiner Flüchtlingspolitik stellt, der verstößt gegen den Geist des Friedensnobelpreises und braucht dringend Nachhilfeunterricht in Sachen Ethik und Schutz der Menschenwürde."

PRESSEDIENST BUENDNIS 90/DIE GRUENEN Bundesvorstand
Dr. Jens Althoff, Pressesprecher
Platz vor dem Neuen Tor 1 * 10115 Berlin
Email: mailto:presse@gruene.de
Tel: 030 - 28442 130 * Fax: 030 - 28442 234
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=519109" width="1" height="1">

Pressekontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

mailto:presse@gruene.de

Firmenkontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

mailto:presse@gruene.de

Wir wollen mit unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik die Voraussetzungen für neue Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen und soziale Ausgrenzung bekämpfen.Wir wollen den Kampf gegen die Klimazerstörung und für eine neue Energiepolitik verstärken. Unsere Wirtschaft wollen wir ressourcenschonend gestalten.Wir wollen eine neue Landwirtschaft und starke ländliche Räume, wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und gesunde Lebensmittel für alle. Für uns hat die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen.Wir wollen den Menschen durch Bildung eine Zukunftsperspektive geben.Wir wollen das Engagement für Demokratie, Bürgerrechte, Minderheiten und eine weltoffene Gesellschaft weiterführen.Wir treten national wie international für die gerechte Globalisierung und eine dem Frieden, der Gewaltfreiheit, den Menschenrechten und der Demokratie verpflichtete Außenpolitik ein.